**Geklatscht - Gemobbt - Gefeuert !**

**Pfleger stehen auf**

Der in ganz Deutschland drohende Kollaps unseres Gesundheitssystems muss aufgehalten werden. Rund 300.000 Mitarbeiter im Gesundheitsbereich Sachsens (davon rund 100.000 Ungeimpfte[[1]](#footnote-1)) sind von den unbedachten und unverantwortlichen Folgen des neuen Infektionsschutzgesetzes (IfSG) mit seiner einrichtungs- und unternehmensbezogenen Impfpflicht betroffen. In Niederbayern seien rund 1.000 Pflegekräfte betroffen, davon sei rund ein Drittel ungeimpft. Zwischen 10 und 40 Prozent aller medizinischer Mitarbeiter könnten ausfallen, Praxen und Krankenstationen müssten geschlossen werden, Kliniken um den Regelbetrieb bangen – dies alles vor dem Hintergrund, dass die Pflege ohnehin schon lange auf dem Zahnfleisch läuft: Mindestens sechs Prozent der Stellen auf den Normalstationen sind unbesetzt, auf den Intensivstationen sind es sogar 12 Prozent, der Anteil der offenen Stellen in Krankenhäusern, Pflege und Rettungsdiensten (Ärzte und medizinisches Fachpersonal) stieg in den letzten fünf Jahren stetig auf fast 25 Prozent. Die tatsächlichen Zahlen dürften deutlich höher liegen, da Arbeitsgeber im Gesundheitsbereich offenen Stellen meist dann nicht mehr melden, wenn sie wiederholt keine qualifizierten Bewerber fanden.[[2]](#footnote-2) Den Krankenhäusern und Pflegeinrichtungen geht es schlecht wie seit über 20 Jahren nicht[[3]](#footnote-3).

Die Zahl der Ungeimpften wächst täglich; denn jeder, der erkennt, dass diese „Impfung“ gar keine Impfung ist, sondern ein gentherapeutisches Massenexperiment, wird sich mehr als zweimal überlegen, ob er den Booster, die „Viert-Impfung“ oder gar das bald halbjährliche „Impf-Abo“ noch akzeptiert. Die Injektionsstoffe sind in ihrer Wirksamkeit und -dauer längst entzaubert, bieten keine Immunität und keinen wirklichen Schutz vor Eigen-/Fremdinfektion. Dagegen ziehen sie unzählige schwere, auch tödliche Nebenwirkungen nach sich. Die Langzeitwirkungen, z.B. die Schädigung der körpereigenen Immunabwehr oder die Genomveränderung durch mRNA-Impfungen sind bislang gar nicht richtig erforscht und angesichts des zeitlichen Verlaufs auch noch gar nicht erforschbar. Hinzu kommt die Erkenntnis, dass niemand anderes für die evtl. gesundheitlichen und existenziellen Folgen haftet, als der Teilnehmer dieses Massenexperimentes selbst.

**Der „Pflexit“ droht**

Die balkonbeklatschten Helden von 2020 sind jetzt, sofern ungeimpft, akut vom Verlust ihrer Arbeitsstelle und ihres Einkommens bedroht. Politik und Arbeitgeber im Gesundheitsbereich ignorierten zu lange die sich auftürmenden Probleme der „Impfpflicht“, die sich nach dem 15.März als Folge der gesetzlichen „Impfnachweispflicht“ herausstellen wird. Damit drängt man das medizinische und pflegerische Fachpersonal aus dem Beruf heraus in den Ausbildungsabbruch, in die Frührente, in die Krankschreibung, in die Kündigung oder notfalls auch in die Schwangerschaft. Die Fachkräfte im Gesundheitsbereich sind keine Leibeigenen der Politik und keine Geisel der Pharmaindustrie. Die politische „Corona-Strategie“ hat mit dieser „Impfpflicht mit der Brechstange“ gänzlich versagt.

Den Mist, den die pathologische Impfmissionare im Dezember 2021 ins Gesetz schrieben, sollen dann die Gesundheitsämter und vor allem die Millionen Pflegebedürftigen in ambulanter oder stationärer Pflege ausbaden, die darum flehen, nicht im Stich gelassen zu werden. Die „Pflege“ braucht besseres Ansehen und mehr Wertschätzung, eine sichere Arbeitsperspektive und gesunde, tariflich abgesicherte Arbeitsbedingungen (Gehalt Teilzeit, Urlaub[[4]](#footnote-4)), vor allem mehr examiniertes Pflegefachpersonal, statt Maskenpflicht, Dauertests, Quarantäne, Abmahnungen, Isolierungen, Mobbing oder Rausschmiss.

**“My Body – My Choice”. Steht auf!**

Immer mehr Menschen, die in den vielfältigen Bereichen des Gesundheitswesens tätig sind, schließen sich derzeit zusammen, berichten Erschreckendes aus der täglichen Praxis, z.B. in der Serie „**Pfleger erzählen**“ auf Tichys Einblick (TE), auf „**Gesundheitswesen in der Krise**“ (GIK), oder auf **„Pflege mit Herz“**. Sie gründen neue Formationen, wie z.B. das „**Gesundheitswesen in Freiheit**“, deren Manifest von 37.000 Menschen unterzeichnet wurde. Sie fordern grundsätzlich einen Strategiewechsel ([corona-ausstieg@mwgfd.de](mailto:corona-ausstieg@mwgfd.de)), suchen den Dialog aller Mitarbeiter des Gesundheitswesens über die Impfpflicht, wie z.B. der Verein „**Bayern steht zusammen**“ oder klären als **„Ärzte für Aufklärung“** in den neuen Medien auf. Viele Gruppen veranstalten, meist Montags oder Samstags, seit über 11 Wochen trotz aller Behinderungen friedliche **Spaziergänge** für die Freiheit, nicht nur in Deutschland (z.B. in BER, BW, BY, HE, NI, NRW, SN, TH), sondern auch im benachbarten Ausland (Österreich, Schweiz, Frankreich, Benelux-Länder, u.a.) und, in Deutschland kaum berichtet, auch weltweit (siehe <https://gbdeclaration.org/>), an denen Aber-Hunderttausende teilnahmen.

**Dieser Aufwind sollte noch stärker genutzt werden. Folgt den Aufrufen zu den nächsten Demonstrationen, ganz gleich ob als Geimpfte oder Ungeimpfte, denn die Folgen dieser „Impfmeldepflicht“ müssen alle tragen:**

**\* 06. März in Landshut, 14:00 Uhr, Ringelstecherwiese**

**(„Bayern steht zusammen“)**

**\*13. März, 10:00 Uhr, Gesundheitsamt in Fürstenzell**

**(„Ohne mich - Ohne uns“)**

1. T-Online 08.02.2022 [↑](#footnote-ref-1)
2. 10.01.2022, Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), Zitate: Bundesagentur für Arbeit und Gerald Gaß, Vorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG). [↑](#footnote-ref-2)
3. 27.12.2021, Krankenhaus-Barometer des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) [↑](#footnote-ref-3)
4. Vorschlag der Pflegekommission 01.09.2021: Pflegezulassung nur nach Tarifzahlung, differenzierte Fachkräfte-Mindestlöhne (Pflegehilfskräfte/qualifizierte Pfleghilfskräfte/Pflegefachkräfte/, ambulante Dienste) zeitlich gestaffelte Steigerung, Aufgabe der Ost-West-Differenzierung, Mindesturlaub 29 bezahlte Tage, Auszahlung überschießender Arbeitsstunden, Steuer- und sozialversicherungsfreie Prämien: Die Umsetzung mittels Rechtsverordnung obliegt Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), bisher ohne Ergebnis. [↑](#footnote-ref-4)